

ZUKUNFT DER GEWERKSCHAFTEN

Anpassen oder Sterben

Der gesellschaftliche Strukturwandel setzt die Gewerkschaften in Europa unter Zugzwang. Vor allem in den großen Ländern verzeichneten sie in den vergangenen Jahren eklatante Mitgliederverluste, in den kleinen - unter anderem in Luxemburg - gibt es gegenläufige Tendenzen.

Sie gelten als Bremser und Protektionisten: Die europäischen Gewerkschaften haben ein Image-Problem. Nicht nur den Verfechtern des Neoliberalismus sind die Arbeitnehmerorganisationen ein Dorn im Auge, sondern auch den so genannten ReformernInnen aus dem sozialdemokratischen Lager. Jüngstes Beispiel: der Zwist in Deutschland zwischen SPD und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) um die Agenda 2010. Das einst enge Verhältnis von Partei und Gewerkschaften scheint zerrüttet. Die ArbeitnehmervertreterInnen gehen auf Gegenkurs zu Bundeskanzler Gerhard Schröder. Er kenne keinen Gewerkschafter, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer kürzlich, der den Reformkurs der rot-grünen Bundesregierung derzeit unterstützen würde.

Derweil bläst den Gewerkschaften von Unternehmenseite verstärkt der Wind ins Gesicht. Internationale Konzerne verlagern ihre Produktion in Niedriglohnstaaten. Viele schauen sich in den neuen EU-Mitgliedsländern in Osteuropa nach Standorten um, wo sie preiswert produzieren lassen können. Oder sie gehen noch weiter östlich nach Rumänien, wo die Arbeitskraft Mensch noch billiger ist. Gleichzeitig machen die Global Players Druck auf die Gewerkschaften, indem sie mit der weiteren Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland drohen. So hat zum Beispiel der Siemens-Konzern der Gewerkschaft IG Metall an zwei Standorten in Deutschland eine 40-Stunden-

Woche ohne Lohnausgleich abgetrotzt. Im Gegenzug verzichtet Siemens darauf, die Handy-Produktion nach Ungarn zu verlagern. Einige Wirtschaftsexperten sehen in dem Deal einen Dammbreach, Gewerkschafter befürchten vor allem Lohndumping.

Doch nicht nur in Deutschland spüren die Gewerkschaften den stärkeren Gegenwind, ausgelöst durch den ökonomischen Strukturwandel, der mit der zunehmenden Globalisierung verbunden ist: Das Umstrukturierungsprogramm "Lux 2006" des Stahlriesen Arcelor bedeutet vor allem Stellenabbau in der Metallindustrie; bereits im vergangenen Winter hatte Villeroy & Boch die Streichung von über hundert Arbeitsplätzen angekündigt; die Eisenbahngesellschaft CFL will nicht nur Stellen kürzen, sondern bei Neueinstellungen 30 Prozent weniger Lohn zahlen. Festgefahrene Lohnverhandlungen gibt es auch im Baugewerbe. Selbst der Hightech-Sektor bleibt nicht verschont, betrachtet man die jüngsten Kollektivvertragsverhandlungen bei TDK.

Doch die Krise der Gewerkschaften in den bevölkerungsstärkeren Ländern Europas ist nicht allein auf die Globalisierung zurückzuführen. Die Arbeitnehmerorganisationen in den westlichen Industriestaaten stehen vor zahlreichen Herausforderungen, die das "Fundament gewerkschaftlichen Handelns erodieren lassen", warnt der Politikwissenschaftler Lothar Funk vom Kölner Institut der deutschen Wirtschaft. Kennzeichnend für den Strukturwandel sei

unter anderem eine Ablösung des Großbetriebs und der standardisierten Massenproduktion durch flexiblere und dezentral organisierte Produktionsformen, erläutert Funk. Unternehmensteile werden ausgelagert, industrielle Arbeitsplätze durch Beschäftigung im Dienstleistungsbereich ersetzt. Die Veränderung der Altersstruktur in der Gesellschaft und "die Individualisierung der Lebensstile" verstärken nach Funks Worten diese Trends. Teilzeit, Zeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sind auf dem Vormarsch.

Dinosaurier im Teufelskreis

Das alles hat Konsequenzen für die Gewerkschaften: "Mit dem Wandel der Gesellschaft zu nach-industriellen Formen schrumpft das Potenzial des geborenen Gewerkschafters", sagt Funk. "Adapt or die" - passt euch an oder sterbt aus, nennt das britische Wochenmagazin "Economist" die Alternativen für die Gewerkschaften. Ohne entsprechende Anpassung an den Strukturwandel könnten diese akute Schwierigkeiten bekommen, prognostiziert Lothar Funk. Viele Arbeitnehmerorganisationen verzeichnen einen starken Mitgliederschwind. In den meisten europäischen Ländern sind die Mitgliederzahlen in den vergangenen Jahren bedenklich gesunken; innerhalb der Europäischen Union ging der gewerkschaftliche Organisationsgrad von 1980 bis 2003 von 51 Prozent auf 44 Prozent zurück. Eklatant ist vor allem

die Entwicklung in Deutschland: Der DGB zählte kurz nach der deutschen Wiedervereinigung noch 11,8 Millionen Mitglieder, Ende 2002 nur noch 7,7 Millionen. In Frankreich halbierte sich die Zahl der Mitglieder zwischen 1980 und 1995, in der Niederlande schrumpfte sie um rund ein Drittel. Als Ursache machen ExpertInnen vor allem den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft aus.

Zwar hat sich die Zahl der Mitglieder zuletzt wieder ein wenig erholt. Dennoch haben es die Gewerkschaften bisher kaum geschafft, die "neuen" Gruppen des Arbeitsmarktes für sich zu gewinnen. Sie tapen in die "Rekrutierungsfalle", wie Ulrich Mückenberger, Professor für Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Hamburg, feststellt. Während ein steigender Anteil der Mitglieder im Rentenalter ist, gehören Frauen, Jugendliche und hoch qualifizierte Beschäftigte aus expandierenden (Zukunfts-) Branchen zu den Unterrepräsentierten. Nicht so in den skandinavischen Ländern, die nicht nur in der Beteiligung von Frauen am Arbeitsleben, sondern auch in deren gewerkschaftlicher Einbindung führend sind. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern in Dänemark und Schweden besteht kein geschlechtsspezifisches Gefälle. In Deutschland und Luxemburg hingegen stellen die Frauen nur ein Drittel der Mitglieder, in den Niederlanden sogar nur ein Viertel.

KritikerInnen werfen den Gewerkschaften außerdem vor, im Kampf gegen die Mas-

senarbeitslosigkeit versagt zu haben. Mehr noch: Nach Ansicht des Heidelberger Politikwissenschaftlers Wolfgang Merkel schaden die Gewerkschaften dem Sozialstaat durch Bürokratie, Filz und Besitzstandswahrung mehr als sie nützen. "Sie verweigern sich gesamtgesellschaftlichen Visionen", lautet Merckels Verdikt. Um das Image als Ewig-Gestrige abzustreifen, so der

Wirtschaftswissenschaftler Reiner Hoffmann, Direktor des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (EGI) in Brüssel, müssten die Gewerkschaften offensiv eigene sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformkonzepte vertreten. Doch mittlerweile setzen nicht einmal die eigenen Mitglieder große Erwartungen in die "Dinosaurier der Dienstleistungsgesellschaft", wie sie Bernhard Ebbinghaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, bezeichnet. So halten zum Beispiel in Deutschland nach einer vom DGB in Auftrag gegebenen Studie nur noch 41 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder ihre Organisation für unverzichtbar. Vor zwei Jahren waren es noch 55 Prozent.

Die Erosion der Mitgliederzahl führt die Gewerkschaften in einen Teufelskreis, denn sie hat direkte Auswirkungen auf die Finanzlage. Bernhard Ebbinghaus sieht die Gewerkschaften unter "existentiellem Druck". Das gilt vor allem für jene in Deutschland, Frankreich, der Niederlande, der Schweiz und in Österreich. Die skandinavischen Länder und Belgien, wo die Arbeitslosenversicherung gewerkschaftlich verwaltet wird, weichen dagegen trotz steigender Erwerbslosigkeit von dem negativen Trend ab, ebenso die luxemburgischen Gewerkschaften: LCGB und OGBL verzeichneten in den vergangenen Jahren sogar Zuwäch-

Verteidigen genügt nicht

woxx: Die Gewerkschaften haben es heute durch den internationalen Strukturwandel mittlerweile mit einem veränderten wirtschaftlichen Umfeld zu tun. Konzerne agieren zunehmend global. Kann denn das Luxemburger Konsensmodell noch überleben?

Jean-Claude Reding: Betriebe, die international agieren, sind nicht einfach an ein solches Modell in einem kleinen Land anzupassen. Es wäre sicherlich sinnvoll darüber zu diskutieren, wie das Tripartite-Modell an das veränderte wirtschaftliche Umfeld angepasst werden muss. Deshalb wird es nicht gleich in Frage gestellt werden müssen. Es darf sich nur keine Routine einschleichen.

Das soziale Klima ist in Luxemburg rauer geworden. Wirtschaftsflaute, steigende Arbeitslosigkeit - wie

können die Gewerkschaften in Europa insbesondere die negativen Folgen der Globalisierung bekämpfen?

Es wird für sie immer wichtiger, auf die gesamteuropäische Ebene zu achten. Dabei haben sich die luxemburgischen Gewerkschaften überdurchschnittlich mit europäischen Themen beschäftigt. Nehmen wir einmal die Bolkestein-Direktive, da sind vor allem die Belgier sehr aktiv. Aus Frankreich und Deutschland hört man dagegen kaum etwas von einer Debatte. In Luxemburg ist es ein Thema geworden, weil es die Gewerkschaften aufgeworfen haben.

Warum tun sich die Gewerkschaften mit der Internationalisierung so schwer?

Dem steht das ausgeprägte nationale Denken bei den Mitgliedern und bei der Bevölke-

rung entgegen, während Entscheidungen immer mehr auf europäischer Ebene getroffen werden. Besonders, was die Gewerkschafts- und Sozialpolitik angeht. Die Menschen glauben nach wie vor, dass die Sozialpolitik eine nationale Domäne ist und wollen das auch verteidigen. Wenn über eine europäische Harmonisierung der Sozialpolitik gesprochen wird, dann reagieren sie zuerst abwehrend. Dabei wird oft vergessen, dass wir dieses Stadium schon längst überschritten haben. Sozialpolitik wird nicht mehr nur national gemacht. Die Gewerkschaften verstanden es bisher nicht, dies zu vermitteln. Sie haben Schwierigkeiten, wirklich funktionierende Strategien vorzulegen.

Immer mehr Firmen verlegen ihre Produktion nach Osteuropa. Mit der Osterweiterung der EU ist eine

neue Konkurrenzsituation entstanden.

Diese Tendenz bereitet mir Sorgen. Ich habe nichts gegen die Erweiterung, aber ich befürchte, dass es bei den kommenden Referenden in der EU noch ein böses Erwachen geben kann.

Arbeit der OGBL mit osteuropäischen Gewerkschaften zusammen?

Nur punktuell. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit gibt es nicht. Nicht so, wie wir es mit den deutschen, französischen, italienischen oder portugiesischen Gewerkschaften haben. Die osteuropäischen Gewerkschaften sind viel schwächer als die westeuropäischen. So ist es viel schwieriger, europaweite Aktionen gegen politische Entwicklungen zu machen. Der EGB müsste zum Beispiel eine koordinierte



Der OGBL-Generalsekretär Jean-Claude Reding fordert von den Gewerkschaften eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und neue Konzepte. (Foto: woxx)



Zahlreiche Aktionen, aber kaum noch Macht: französische Gewerkschaften bei einer Demo in Paris.

(Foto: Indymedia)

Stefan Kunzmann

se. "Traditionell ist der Organisationsgrad bei den Luxemburgern sehr hoch", erklärt OGBL-Generalsekretär Jean-Claude Reding und fügt hinzu: "In den 80er Jahren sprachen wir verstärkt die ausländischen Arbeitnehmer an. Das fing an mit Publikationen, die übersetzt wurden, und ging weiter mit der Einstellung ausländischer Gewerkschaftssekretäre. Darüber hinaus ist es uns gelungen, die Grenzgänger einzubinden." So liegt der Organisationsgrad der französischen

Grenzgänger in Luxemburg mit mehr als 20 Prozent etwa doppelt so hoch wie der gewerkschaftliche Organisationsgrad insgesamt in Lothringen. Joe Spier vom LCGB nennt als Versuch grenzüberschreitender Kooperation die doppelte Mitgliedschaft mit der belgischen Partnerorganisation CSC.

Damit sie den heutigen Anforderungen standhalten können, fordert Reding von den Gewerkschaften, wesentlich stärker international zu agie-

ren. Globale Aspekte spielen in der Reformdebatte bislang kaum eine Rolle. "Gewerkschaften, die sich in nationale Wagenburgen einschließen, sind nicht zukunftsfähig", betont Otto Jacobi, Leiter der Frankfurter Forschungsstelle "Laboratorium Europa". Er schließt für die Zukunft "europaweite Kollektivverträge für transnationale Konzerne" nicht aus. Die EU habe die institutionellen Grundlagen für vertragliche Beziehungen zwischen den europäischen Tarifparteien bereits geschaf-

fen. "Es liegt nun an den Gewerkschaften", sagt Jacobi, "diesen Rahmen endlich zu nutzen für den Aufbau einer europäischen Vertragskultur." Dazu müssen sie aber Kompetenzen an ihre europäischen Verbände abgeben.

Bessere Bedingungen

Dabei sind die Aussichten nicht schlecht: Nach den Worten von Lothar Funk haben sich die Handlungsbedingungen der Gewerkschaften auf europäischer Ebene sogar

verbessert. Nun komme es auf die Arbeitnehmerorganisationen selbst an, so der Politikwissenschaftler. Um die Globalisierung nicht den Neoliberalen zu überlassen und sie sozial zu gestalten, müssten auch GewerkschafterInnen der südlichen Hemisphäre verstärkt einbezogen werden, lautet eine Schlussfolgerung des Projekts "Globale Gewerkschaftspolitik" der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung. Als positive Beispiele werden zum Beispiel die Zusammenarbeit der Euro-

Kampagne gegen die Bolkestein-Direktive und für eine positive Änderung der Arbeitszeitrichtlinie starten.

Und warum tut man es nicht?

Man versucht es ja. In den einzelnen Ländern geschieht zwar etwas, aber nicht auf gleicher Ebene. Das hat auch damit zu tun, dass die großen Gewerkschaftsbünde nie genügend Macht und Mittel an den EGB abgetreten haben. Der EGB arbeitet mit weniger Personal als der OGBL. Und wenn es um Beiträge geht, die nach Brüssel abgegeben werden sollen, wehren sich viele Gewerkschaften jedes Mal mit Händen und Füßen dagegen.

Die Gewerkschaften sind als Reformblockierer und Besitzstandswahrer verschrien.

Die größten Modernisierer, die den Gewerkschaften Blockade vorwerfen, sind diejenigen, die zum Beispiel in Deutschland nach den nächsten Wahlen gar nicht mehr existieren werden. Wenn dort die SPD an ihrem Kurs

festhält, wird es sie bald nicht mehr geben. Das Problem ist aber heute eher, dass mehr über das Image diskutiert wird als über Inhalte. In der Tat will der größte Teil der Bevölkerung ihren Besitzstand wahren. Dazu hat sie auch ein gutes Recht. Und wenn Politiker das nicht sehen, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Leute nicht mehr wählen gehen oder für rechtsradikale Parteien stimmen. Als Gewerkschafter stört es mich nicht, wenn man mir sagt, ich sei ein Blockierer, nur weil ich etwas verteidige. Aber es genügt nicht, etwas zu verteidigen. Man muss auch Neues entwickeln. Darin sehe ich die hauptsächlichsten Schwierigkeiten. Aber wie bereits gesagt, allein auf nationaler Ebene kann man den Sozialstaat nicht mehr verteidigen. Das gelingt nur europaweit.

Was muss konkret gesehen werden?

Im Endeffekt ist es eine Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Dabei müssen die Gewerkschaften versuchen, bei den politi-

schen Entscheidungsprozessen ernst genommen zu werden. In jenen Ländern, in denen sie schwach sind, wie zum Beispiel in Frankreich, wo sie nur über Aktionen Druck machen können und nur noch eine reaktive Kraft darstellen, sind sie kein Motor für Neuerungen mehr. In Deutschland versuchen sie es zumindest noch, aber sie haben keinen politischen Ansprechpartner mehr. Sie haben jedoch nie versucht, zum Beispiel über ein Dreiergremium, wie es in Luxemburg der Fall ist, Einfluss zu nehmen.

Worin liegen denn für die luxemburgischen Gewerkschaften die größten Herausforderungen der Zukunft?

Da, wo sie noch schwach sind, Schritt zu fassen. Wir müssen nicht nur auf die individuellen Belange der Mitglieder eingehen, sondern in allen wirtschaftlichen Bereichen unseren Einfluss geltend machen. Zum Beispiel gehört der Dienstleistungssektor immer noch zu unseren Schwachstellen. Da sind

wir weniger organisiert, vor allem bei den höher Qualifizierten. Aber die versuchen auch, ihre Probleme eher selbst zu lösen. Meistens haben sie zudem eine ganz andere Stellung im Betrieb. Bei den niedriger Qualifizierten hingegen, zum Beispiel bei Reinigungsfirmen, haben wir in den letzten Jahren zugelegt. Da sind wir weitergekommen, als das in den Nachbarländern der Fall ist.

In der zukünftigen Luxemburger Regierung werden auch Sozialdemokraten sitzen. Ist eine ähnliche Konfrontation zwischen dem OGBL und der LSAP zu befürchten wie in Deutschland zwischen SPD und Gewerkschaften, wenn sich die wirtschaftliche Situation zuspitzt?

Das hängt davon ab, was die Regierung vorschlägt. Nehmen wir einmal an, die Arbeitslosigkeit würde durch den Zusammenbruch ganzer Industriebereiche oder im Bankenbereich weiter zunehmen. Soll dann dereguliert werden und geht das auf Kosten der Arbeitnehmer, gibt es

eine Auseinandersetzung. Oder wir versuchen, möglichst einvernehmliche Lösungen zu finden, die auf dem Respekt der sozialen Rechte und der kollektiven Absicherung der Arbeitnehmer aufbauen. Dann sind wir auch bereit, einen sozial gerecht verteilten Preis zu bezahlen. Ziel muss es sein den Menschen den Gang zum Arbeitsamt zu ersparen.

Was sind Ihre Lösungen?

Warum sollte in Luxemburg nicht zuerst über Arbeitszeitverkürzungen verhandelt werden müssen, um Arbeitsplätze zu erhalten, ehe über Entlassungen gesprochen wird? Warum sollte eine Arbeitszeitverkürzung, gekoppelt mit Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen nicht staatlich bezuschusst werden? Warum könnten nicht in den einzelnen Wirtschaftsbereichen staatlich organisierte und kontrollierte Leiharbeit Menschen helfen, die in einem Betrieb, der in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist, und dort ihren Arbeitsplatz verlieren werden, trotzdem

päerInnen mit der Cosatu in Südafrika oder mit der CUT in Brasilien genannt.

Strategien zur "Revitalisierung" der Gewerkschaften gibt es genug, stellt Funk fest und nennt unter anderem einen verbesserten Service für Mitglieder, Zusammenschlüsse mit anderen Gewerkschaften sowie Bündnisse und gemeinsame Aktionen mit sozialen Bewegungen. Weiterbildungsangebote gibt es in zahlreichen Ländern bereits, Fusionen erschweren hingegen die Identifikation der Mitglieder und führen zu Zerreißproben. Ein Bündnis der Gewerkschaften an die GlobalisierungskritikerInnen wird zurzeit in Deutschland vorexerziert: So organisierte der DGB zusammen mit Attac einen Perspektivenkongress in Berlin. Doch es ist ein ungleiches Paar, das da zusammengefounden hat - "wie Hochseetanker und Schlauchboot", schrieb Toralf Staud vor kurzem in der "Zeit". Angesichts der kulturellen Unterschiede und verschiedenen Wirtschaftskonzepte sei der Streit jedoch vorprogrammiert. Dieses Beispiel auf Luxemburg zu übertragen, hält OGBL-Generalsekretär Reding für schwierig: Nicht nur Attac sei hier zu Lande anders, sondern auch die Gewerkschaften.